

Karl Heinrich Pohl
"Flucht und Vertreibung".
Versuch einer Annäherung aus deutscher Perspektive

Im Folgenden möchte ich einige Überlegungen zum Thema "Flucht und Vertreibung" zusammenfassen. Es geht dabei - das möchte ich betonen - um eine subjektive, um eine deutsche und es geht um die Perspektive aus dem Jahre 2007.

Die Überlegungen münden in einigen vorläufigen Thesen zum Stand der deutschen Forschung. Sie wollen zugleich einige Hinweise darauf geben, wie sich die Forschung in Zukunft entwickeln könnte.

Zur Gliederung

Beginnen will ich - auch, weil die meisten von Ihnen keine Historiker sind - mit einigen grundlegenden Gedanken zum Charakter von Geschichtswissenschaft und zu den Leistungen, aber auch den Grenzen historischer Erkenntnis.

Darauf folgen einige Worte zur Problematik des Gedächtnisses und des Erinnerns. Dieser Aspekt fällt eigentlich in Ihr Ressort; er ist aber für unser Thema von großer Bedeutung, weil die Erinnerungen der Zeitzeugen unser Thema maßgeblich mitbestimmen haben.

Gegebenenfalls bitte ich um Ergänzungen und Richtigstellungen.

Danach komme ich dann zum eigentlichen Thema.

- Werde ich mit einigen Überlegungen zur gegenwärtigen Entstehung eines "gemeineuropäischen historischen Narrativs" beginnen, um
- Konsequenzen, die sich daraus ergeben könnten zu skizzieren.

Zum Abschluss werde ich mich

- mit dem geplanten "Zentrum gegen Vertreibung" auseinandersetzen

Zum Charakter der Geschichtswissenschaft

Erstens: Ich beginne mit einigen Banalitäten: Geschichte, wie wir sie wissenschaftlich erarbeiten, ist eine Fiktion, sie ist lediglich ein Konstrukt des Historikers. Das muss ausdrücklich betont werden. Dieses Konstrukt wird erstellt mit Fragen, die wir aus dem Erkenntnishorizont von heute an die Vergangenheit stellen. Die Geschichtswissenschaft kann also niemals die Vergangenheit "real", "komplett" und "objektiv" abbilden. Sie wird immer nur eine subjektiv beeinflusste Teilabbildung liefern. Diese Grunderkenntnis von der Beschränktheit der eigenen Disziplin ist für das umstrittene Thema "Flucht und Vertreibung" von höchster Relevanz. Sie besagt, dass es allein- und immer gültige Aussagen zu diesem Thema grundsätzlich nicht geben kann.

Zweitens: Das Material für den "Geschichtsbau" ergibt sich aus den überlieferten Quellen. Gegen sie oder gar durch ihre Manipulation können und dürfen keine Aussagen getroffen werden. Kurzum: Die Fakten müssen also stimmen und keine wichtigen Quellen dürfen ausgelassen werden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Quellen nicht aus sich selber heraus sprechen, sondern verschieden befragt und dementsprechend verschieden interpretiert werden können. Darüber hinaus wird es besonders kompliziert, wenn es sich bei den Quellen um "Zeitzeugen" handelt. Dazu gleich mehr.

Daraus ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen:

- Es gibt keine Geschichte an sich, keine "richtige Geschichte" und keine "falsche Geschichte", sondern nur verschiedene Sichtweisen über die Vergangenheit. Es gibt jeweils verschiedene Konstruktionen, die zudem verschieden kommuniziert und verschieden gut belegt werden können.
- Die jeweiligen Konstruktionspläne werden durch Erkenntnisinteressen (subjektiv, gesellschaftlich, kulturell, ökonomisch) geprägt.

- Das Bild von der Vergangenheit ist daher im Prinzip immer kontrovers, muss kontrovers sein.
- Jeweils dominierende Geschichtsbilder dominieren nicht ewig. Sie dominieren nur so lange, wie sie erklärungsstärker erscheinen als andere - und die Gesellschaft sie annimmt. Die kontroverse Diskussion über die deutsche Schuld am Ersten Weltkrieg wäre ein gutes Beispiel für diese Tatsache.
- Erkenntnisse von der Vergangenheit verändern sich, wie sich die Menschen verändern und neue und andere Fragen stellen oder neue und bessere Quellen finden.

Daraus folgt:

Es gibt bei einem historischen Thema nie die eine, schon gar nicht die eine richtige Interpretation, sondern mehr oder weniger gut begründete Interpretationen. Diese Erkenntnis sollte man im Auge behalten, wenn man an den verschiedenen Ansichten, die es zu "unserer Tagungsproblematik" gibt, schier verzweifeln möchte. Verschiedenheit in der Interpretation ist für Historiker das Normalste der Welt - und deshalb kein Grund zur Beunruhigung.

Zur Problematik des Gedächtnisses und des Erinnerens

Die Problematik von "Flucht und Vertreibung" hat sich im Gedächtnis der Betroffenen wie auch der Nichtbetroffenen fest verankert. Das ist allerdings - wie wir bis heute sehen - in Polen und Deutschland auf völlig verschiedene Weise geschehen. Das hat mit politischen, ökonomischen, kulturellen und historischen Faktoren in beiden Ländern zu tun. Es hängt aber auch mit der Problematik des menschlichen Gedächtnisses und der Erinnerung generell zusammen.

Dazu einige Bemerkungen:

Auf die Problematik des menschlichen Gedächtnisses und der Erinnerung sind wir Historiker erst seit kurzer Zeit gekommen. Ihnen ist sie natürlich viel besser vertraut. Trotzdem einige Worte dazu, weil unser Thema durch die Problematik der Erinnerung massiv beeinflusst wird. Das Gedächtnis ist der Ort, an dem unsere Erinnerungen verwaltet und transportiert werden. Dabei handelt es sich um eine neurophysiologische Funktion. Die Erinnerung wiederum stellt eine kognitive Konstruktion dar. Das Gedächtnis - die Erinnerung schon gar nicht - ist also keinesfalls ein objektiver Speicher auf den jederzeit zurückgegriffen werden kann. Das ist eine für Historiker sehr bedauerliche Tatsache, denn seine Erkenntnismöglichkeiten werden dadurch erheblich beeinträchtigt - zumal wenn er mit Zeitzeugen arbeitet.

Zudem werden Ereignisse vom Menschen ganz unterschiedlich und unvollständig wahrgenommen. Das gilt für Akteure und passiv Erleidende genau so wie für Täter und Opfer, ja partiell auch für Teile einer ganzen Gesellschaft und manchmal sogar für ganze Nationen. Darüber hinaus findet eine Wahrnehmungseinschränkung bzw. -veränderung zugleich aber auch schon in einer am Geschehen beteiligten Person statt: Bei der Aufnahme des Geschehens ins Gedächtnis, bei der Speicherung als Erinnerung und schließlich auch im Verlaufe der Zeit. Kein Mensch erlebt, nimmt wahr und speichert Realität komplett, sondern immer nur im Rahmen seiner Möglichkeiten. Diese sind aber ganz verschieden.

Ereignisse, die nur sehr schwer in das jeweilige menschliche Leben einzuordnen sind, werden zudem in Sinnbildungsprozessen häufig umgeformt. Sie werden für das Individuum akzeptabel gestaltet und im extremen Falle sogar verdrängt, d.h. aus der Wahrnehmung ausgeschlossen. Es ist dann für diesen Menschen nicht mehr geschehen, was tatsächlich geschehen ist - obwohl es geschehen ist -, sondern das, was erträglich umgedeutet wurde. Wer je mit Zeitzeugen gearbeitet hat, wird diese Beobachtung bestätigen können.

Unter diesen Umständen kann es so weit kommen, dass Erinnerungen so lange manipuliert werden, bis sie dem sich Erinnernden als Realität erscheinen und zur erinnerten Wirklichkeit werden. Oft handelt es sich dabei um Geschehnisse, die unerträglich sind, die aus dem

"normalen" Leben herausfallen, als moralisch verfehlt gelten - in jedem Fall aber äußerst ungewöhnlich sind und in das "normal" Leben nicht hineinpassen wollen.

Die Brisanz der ersten "Wehrmachtsausstellung" in Deutschland etwa beruhte zu einem großen Teil darauf, dass sie an verdrängte oder manipulierte Erinnerungen vieler ehemaliger Kriegsteilnehmer rührte. Sie ließ diese Erinnerungen in aller ihrer Schrecklichkeit wieder real werden, weil sie ja einmal "gewusst", aber lange Zeit verdrängt worden waren. Hier setzte bei den ehemaligen Soldaten dann ein lebenswichtiger Automatismus ein im Kampf um die Behauptung der eigenen, neu konstruierten Realität. Das Problem bestand nun darin, dass das Vergessene und Manipulierte tatsächlich anders Geschehen war, in jedem aber Fall so nicht gewesen war, wie es von ihnen erinnert wurde. Jeder der daran rüttelte, rüttelte mithin auch an der Persönlichkeit des davon Betroffenen. Hinzu kam, dass solche Erinnerungen oftmals über Generationen hinweg tradiert wurden, damit ganze Generationen von Familien betrafen und insofern eine erhebliche Wirkungsmächtigkeit besaßen. Eine "andere Wahrheit" als die behauptete musste daher fast wie ein Schock wirken.

Auf all dieses hat der Historiker zu achten. In unserem Falle liegt nun - daher diese etwas breiteren Ausführungen - ein besonders extremer Fall dieser Sehnsucht nach "Sinn", ein besonderer Fall der Gefahr von "Täuschung", von Selbstinszenierung, von Vorspiegelung falscher Tatsachen vor. Die Bedeutung dieser "Umerinnerung" ganzer gesellschaftlicher Gruppen wird noch dadurch verstärkt, als sie für diese historische Periode eine ganze Nation - nämlich Deutschland West beeinflusst hat. Ja man kann sagen, dass die Vertriebenen den nationalen historischen Narrativ der Bundesrepublik lange Zeit geradezu beherrscht haben. Ich komme nun zum eigentlichen Thema und beginne mit

Überlegungen zur gegenwärtigen Entstehung eines "gemeineuropäischen Narrativs"
In den letzten Jahrzehnten hat ein geschichtswissenschaftlicher Paradigmenwechsel stattgefunden, der besonders die neuere Zeitgeschichte betrifft. Von diesem Paradigmenwechsel, der ganz neue Aspekte der Interpretation der Geschichte des "Dritten Reiches" sowie des Holocaust eröffnet, ist auch die Problematik des Themas "Flucht und Vertreibung" betroffen. Vieles hat zu diesem bemerkenswerten Wandel, hin zur Auflösung der alten Narrative beigetragen.

Da ist erstens der Wechsel der Generationen:

Die Akteure von Flucht und Vertreibung sind inzwischen - ob sie Zeitgenossen, Täter oder Opfer waren - größtenteils gestorben. "Zeugnis ablegen" ist im alltäglichen Erfahrungszusammenhang nur noch selten möglich. "Flucht und Vertreibung" gehen so vom kommunikativen Gedächtnis der Erfahrungsgeneration in das - jeweils spezifisch individuell oder durch die Gruppe vorgeformte - kollektive Gedächtnis der Nachfahren über. Das Geschehen wird damit jetzt wirklich erst "Geschichte".

Konsequenz: Gegenwärtig nähert sich eine "neue", in ihren kulturellen und sozialen Prägungen ausgesprochen heterogene Generation dem Thema erheblich distanzierter als ihre (betroffenen) Elterngeneration. Für sie sind Schuld- und Leidensfragen weder persönlich noch familiär noch so relevant wie bei der vorherigen Generation. Sie will vielmehr "verstehen", genaueres "wissen". Das bislang mit so tiefen Emotionen konnotierte Thema "Flucht und Verreibung" könnte unter diesen Umständen - und das ist meine Hoffnung - in Zukunft rationaler und unaufgerechter behandelt werden.

Zweitens

Mehr und mehr europäische Gesellschaften beginnen ihre eigene nationale Geschichte in einen europäischen Narrativ zu integrieren. Das Ende des Ost-West Konfliktes, der allmähliche Abbau alter Feindbilder, begünstigte eine staatlich und ideologisch weniger stark gesteuerte allgemeine Interpretation der Vergangenheit. Gemeinsame Verständigungsmöglichkeiten über die Vergangenheit scheinen unter diesen Umständen möglich zu werden. Ob dadurch allerdings auch die Diskrepanzen in der bisherigen Deutung

von "Flucht und Vertreibung" verblassen oder eher verschärfen, ob sie verbinden oder trennen werden, das ist noch völlig offen.

Hinzu kommt - drittens -

Ein seit fünfzehn Jahren verändertes Weltsystem rückt ganz neue Probleme in den Mittelpunkt historischer Betrachtung. Die Auflösung des alten Blocksystems generiert neue Konflikte, die - wie etwa der Terrorismus - grenzüberschreitenden Charakter tragen. Sie schärfen den Blick für internationale Interdependenz und transnationale Konfliktfelder. Es stehen nun neue Fragen an. Zu nennen wären etwa die "ungewünschte" afrikanische Migration nach Europa oder die "muslimische Torgefahr". Das Thema "Flucht und Vertreibung" könnte angesichts anderer drängender Themen - an emotionaler Brisanz verlieren.

Fazit:

In einer zukünftigen "europäischen Geschichte" wird das Problem von "Flucht und Vertreibung" auf Dauer nicht nur ein nationales oder ein bilaterales Thema bleiben. Das eröffnet Chancen für eine Verständigung in der Zukunft.

Welche Konsequenzen haben diese allgemeinen Überlegungen nun für die gegenwärtige Debatte über das Thema "Flucht und Vertreibung"?

Dazu einige vorläufige Überlegungen und Thesen:

- Ganz offensichtlich befinden wir uns in einer Situation, in der die Diskussion sehr offen ist. Das belegt auch ein Blick auf die Vergangenheit. Nach einer Phase sehr intensiver Beschäftigung in den 50er Jahren, verschwand das Vertriebenenthema seit Ende der 60er fast aus dem öffentlichen Diskurs. Es galt in manchen Kreisen als geradezu politisch inkorrekt. Das hängt sicherlich damit zusammen, dass in den 70ern der Holocaust stärker thematisiert und die mitfühlende Beschäftigung mit dem Flüchtlingsthema partiell als revanchistisch eingestuft wurde. Erst in den späten 80ern tauchte dieses Thema, nun in einer neuen "Unbefangenheit", wieder auf. Gegenwärtig wirkt es geradezu aufdringlich präsent. Das wiederum dürfte auch damit zusammenhängen, dass Deutschland nach der Wiedervereinigung ein erheblich gewichtigerer Faktor in der Politik geworden war. Man ist gewissermaßen wieder wer - und traut sich dementsprechend etwas zu sagen, was vorher so nicht gesagt werden konnte.

Fazit: Gegenwärtig ist die Stunde einer neuen oder - besser noch - vieler neuer Geschichtserzählungen. Sich an die Vertreibung zu erinnern hat unter diesen Umständen grundsätzlich den Geschmack des "Revanchismus" verloren. Das gilt bereits ansatzweise für die Gegenwart - und wird sich in der Zukunft noch verstärken. Auch die Erinnerung der deutschen Vertriebenen - angemessen kontextualisiert - wird ihren Platz in der Erinnerung der Deutschen einnehmen, ja, muss sie einnehmen. Und das ist völlig richtig. Denn: Keine derartig wichtige Erinnerung kann und darf aus dem Gedächtnis einfach ausgeklammert, einfach vergessen werden.

- Dementsprechend konkurrieren gegenwärtig viele Vorstellungen von der Vergangenheit und von der "richtigen" Erinnerung miteinander. Das bietet viele Chancen. Gerade wegen dieser neuen Möglichkeiten eines eher unbefangenen Umgangs mit dem Thema wächst aber auch die Angst vieler Gruppen vor dieser neuen Offenheit. Denn das Durchsetzen neuer, offenerer Geschichtsbilder bedeutet zugleich, dass ältere und vertraute Bilder - und die sie tragenden sozialen, politischen oder kulturellen Gruppen - von den neuen Interpretationen herausgefordert werden. In jedem Fall aber müssen sie darauf reagieren. Diese Herausforderungen betrifft alle bisherigen Narrative.

- Die Richtung, in der sich die freie Diskussion entfalten wird, ist noch offen. Ihr Weg unvorhersehbar. Es mag zwar Vorstellungen für einen neuen, gemeinsamen europäischen Narrativ geben. Ob er sich jedoch durchsetzen wird, ist höchst zweifelhaft. Immerhin: Der deutsch-polnische Diskurs könnte unter diesen Umständen als Spezialfall in einen

transnationalen und europäischen Diskurs über Migrationsbewegungen in der Mitte des 20. Jahrhunderts eingebettet werden. Gleichzeitig dürfte jedoch - das kann man auch auf dieser Tagung mit Händen greifen - die jeweils nationale Erinnerung diesseits und jenseits der Grenze nach wie vor erhalten bleiben.

· Mit dem Wegfall der ideologischen Zwänge und einer weiten Öffnung des politisch "Erlaubten" können sich nun auch diejenigen Gruppierungen noch schärfer artikulieren, die bisher - insbesondere von vielen Intellektuellen - als politisch unpassend, revisionistisch, verharmlosend und unverbesserlich reaktionär eingestuft wurden: Gemeint sind damit die organisierten (deutschen) Heimatvertriebenen, die sich von je her als Opfer gefühlt hatten, als Opfer aller Systeme. Ihre Trauer um ihren Verlust wird zukünftig als ein legitimer Narrativ in einer pluralen Erinnerung zu gelten haben. Das zeigt sich schon seit einiger Zeit in der öffentlichen Diskussion in Deutschland. Es ist mit großer Spannung zu erwarten, in welche Richtung sich dieser Narrativ entwickeln wird. Das Ergebnis muss nicht zwingend zur nachbarschaftlichen Freundschaft beitragen. Aber: Die schlimmsten Befürchtungen müssen auch nicht zwingend eintreten.

Das Ergebnis dieser kurzen (Zwischen) Überlegungen kann daher nur lauten:

Für die Zukunft gibt es keinen gültigen Narrativ mehr, sondern eine Konkurrenz verschiedener Interpretationen. Vielleicht entwickelt sich daraus einmal ein allgemein akzeptierter Narrativ, diesseits und jenseits der Grenze.

Trotzdem scheint es mir sinnvoll zu sein, aus der Fülle der aktuellen Interpretationsmuster, drei - nach meiner Ansicht dominierende - Richtungen herauszugreifen.

Folgende Aspekte scheinen mir besonders diskussionswürdig zu sein:

· Kann es - jetzt oder in absehbarer Zeit - einen gesamteuropäischen Narrativ zum Problem "Flucht und Vertreibung" im 20. Jahrhundert geben? Und wie könnte er aussehen? Damit wende ich mich gewissermaßen dem in die Zukunft weisenden Aspekt zu.

· Wie weit führt der Versuch, gegenwärtig einen deutsch-polnischen Narrativ zu erstellen und diesen in den Kontext der deutsch-polnischen Gesamtgeschichte einzubetten? Damit könnte der gegenwärtige "Ist" Zustand gekennzeichnet werden.

· Wie sieht es mit einem neuen (deutschen) "Vertriebenen-Narrativ" aus? Wird er sich in eine insgesamt eher revisionistische deutsche Geschichtsschreibung einbetten? Oder deuten sich vielleicht entgegengesetzte Tendenzen an? Hier knüpfe ich an vergangene Narrative an und frage, ob sie vielleicht auch in die Zukunft führen könnten.

Einige Bemerkungen zum gesamteuropäischen Narrativ:

1. Wenn es darum geht, die Vertreibung der Deutschen in einen europäischen Kontext zu stellen, müssen jetzt erst einmal die Grundlagen dafür geschaffen werden, es müssen die jeweiligen nationalen Erfahrungshorizonte miteinander bekannt gemacht und dann - in einem längeren Prozess - einander näher gebracht werden. Zu bedenken ist dabei, dass es in Europa zum Nationalsozialismus und seinen Folgen höchst verschiedene Erfahrungen gibt. In einer gesamteuropäischen Perspektive geht es daher nicht mehr nur um die deutschen und die polnischen, sondern es geht auch darum, wie die "Resteuropäer" die deutsche Politik in dieser Zeit erlebt haben. Für deutsche Vertriebene steht - seit Ende des Krieges - meist das eigene Leid, das Trauma des Verlustes der östlichen "Heimat" im Mittelpunkt. Diese zentrale Nachkriegserinnerung ist aber in ihrer speziellen Form in Europa eher singulär.

Dieser Verlust kann - wenn er als solcher überhaupt europaweit akzeptiert wird - daher von denjenigen Europäern kaum nachvollzogen werden, die den Krieg als deutsche Aggression erlebt haben. Das befriedigende Gefühl, vom Nationalsozialismus befreit worden zu sein, kann nur sehr schwer zu einem Mitgefühl mit den deutschen Vertriebenen führen. Hinzu kommt: Es fehlt den meisten anderen Europäern die Vergleichsbasis: Die Rückkehr der Bürgerkriegsflüchtlinge nach Spanien etwa oder die Rückkehr der Siedler aus den Kolonien ist etwas ganz anderes. Einmal abgesehen davon, dass etwa die skandinavischen Länder in

dieser Hinsicht kaum vergleichbare eigene, d.h. nationale, Erfahrungen besitzen. Immerhin: Dass etwa 40 bis 60 Millionen Menschen in Europa während 30 Jahren ihre Heimat verloren, ist ein Problem, das alle angeht. Bevor man also von einer - verfrühten - Europäisierung der Problematik von Flucht und Vertreibung ausgehen sollte, müssen erst einmal die verschiedenen Erfahrungen der Europäer untereinander ausgetauscht und miteinander bekannt gemacht werden. Immerhin: Die Erinnerung an den Holocaust zeigt, dass die Entwicklung in diese Richtung gehen kann.

2. Man kann das 20. Jahrhundert als ein Jahrhundert der Vertreibungen bezeichnen. In dieses Raster gehörte dann - neben Polen, Tschechen und anderen - auch die Vertreibung der Deutschen. Viele Historiker tun sich jedoch nach wie vor noch schwer damit (vielleicht generationsbedingt), das Ergebnis der deutschen Gewaltpolitik nahtlos und unkommentiert in dieses Jahrhundert einzuklinken. Für eine ältere Generation bleibt der Narrativ entweder von einer besonderen deutschen "Schuld" oder aber einer ungerechtfertigten "Bestrafung" durch die Vertreibung Zeit ihres Lebens virulent. Hier muss noch Zeit vergehen, ehe eine "Historisierung" zur "Europäisierung" führen kann.

3. Welche Chancen könnte nun eine Europäisierung der deutsch-polnischen Vertreibungsproblematik bieten, trotz dieser Vorbehalte? Ein Ansatz könnte darin bestehen, Zwangsmigrationen unter einem gemeinsamen Ideologem zu fassen. Es könnte das Problem der "ethnischen Säuberungen" sein. Insbesondere gilt das, wenn diese Problematik in Verbindung mit der Installierung von ethnisch "reinen Nationalstaaten" gebracht wird. Man könnte so den völkischen deutschen Nationalismus wie auch wichtige Entscheidungen der alliierten Siegermächte unter eine einheitliche Kategorie subsummieren. Und in der Tat: Zwangsmigration und Vertreibung stellten (und stellen heute noch) grausame Instrumente einer Politik im 20. Jahrhundert dar, die häufig zum "Nation building" dienten.

So bestechend dieser Ansatz aber auch scheint, so bleibt doch zu fragen, ob solch verschiedene Figuren wie Churchill, Hitler und Stalin sinnvoller Weise in ein gemeinsames Kästchen "ethnische Nationalisierung" gerückt werden können. Kann man diese Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt stellen - und wesentliche - und zwar gravierende - Unterschiede unberücksichtigt lassen?

Beachtenswert scheinen mir in diesem Zusammenhang - und damit möchte ich diesen Aspekt beenden - die Vorschläge von dem Historiker Karl Schlögel zu sein. Gegenwärtig - und das wäre ein erster Schritt zur "Europäisierung" - könnte es wohl möglich sein, dass "selektive nationale Gedächtnis" oder auch das subjektiv selektive Gedächtnis - das bei den Zeitzeugen das Geschehen nur partiell und selektiv gedächtnisfähig gemacht hat - zu ergänzen und vielleicht später auch weitgehend zu überwinden. Die partiellen Erinnerungssplitter sollten synthetisiert, wissenschaftlich aufgearbeitet, vervollständigt werden. Das heißt: Ein europäisches Erinnern wäre dann mehr als nur die Summe der bisherigen Einzelerinnerungen. Es wäre vielmehr ein Vermischen dieser Erinnerungen zu einem neuen Ganzen. Auf diese Weise könnte auch die lange Zeit vorhandene Trennung zwischen östlicher und westlicher Erinnerung überwunden werden. Dass dies noch ein weiter Weg ist, davon wird man aber ausgehen müssen. Das heißt, man muss ganz klein beginnen, auf lokaler Basis. Und wir hier, sind ein gutes Beispiel dafür, wie sinnvoll das sein kann.

Wie weit führt der Versuch, gegenwärtig einen deutsch-polnischen Narrativ zu erstellen und diesen in den Kontext der deutsch-polnischen Gesamtgeschichte einzubetten?

Frage: Wozu ein solcher "uneuropäischer" Versuch? Antwort: Ganz zweifellos kann er in einem ersten Schritt dazu dienen, die polnisch-deutschen Beziehungen insgesamt zu verbessern, um dann später nach Europa zu führen. Ein solcher Narrativ muss nicht unbedingt besser oder irgendwie "richtiger" als die "alten" nationalen Narrative sein, aber - das ist das Entscheidende - er ermöglicht erst einmal ein gemeinsames Verständnis der Vergangenheit und erleichtert damit die gegenwärtigen Beziehungen.

Um gleich mit einem Urteil - zudem noch über einen Anwesenden! - zu beginnen: Sehr weit führt ein solcher Versuch bereits gegenwärtig, wie das Beispiel von Thomas Urban und seinem Buch "Der Verlust" zeigt. Dieses Buch belegt, dass das Thema, jetzt nach 60 Jahren schon vergangene und nicht mehr erlebte "Geschichte" ist. Auch wenn diese Vergangenheit vielerorts noch "brennt". Trotzdem aber kann es offenbar bereits wie Geschichte behandelt werden. Das gelingt Urban dank seiner großen Sensibilität, dank seiner besonderen familialen Situation und natürlich dank seiner außergewöhnlichen Kenntnisse. Sein Vorhaben ist insofern gelungen, als alle bisherigen Rezensionen, die in Polen und Deutschland erschienen sind, den Grundansatz des Buches positiv offenbar würdigen. Das gilt sogar partiell für den Bund der Vertriebenen, wie Herr Urban mitgeteilt hat.

Der Erfolg dieses Ansatzes beruht auf vier Säulen.

1. Der ereignisgeschichtliche Ansatz macht viele Dinge bekannt, die beide Seiten so noch nicht voneinander wussten - oder nicht zur Kenntnis nehmen wollten. Die Vertreibungen vor der eigenen Vertreibung sind etwa im kollektiven Gedächtnis der Deutschen lange Zeit nicht präsent genug gewesen, während sie in Polen unvergessen blieben. Hingegen wussten viele Polen wenig darüber, wer nach 1945 das Land verlassen musste. Dass etwa fast 90% weiblichen Geschlechts waren, fast 20% der Vertriebenen älter als 60 und fast ein Drittel Kinder waren.

2. Dass die Ereignisse der Vertreibung in die deutsch-polnische Geschichte insgesamt eingeordnet werden, festigt den Eindruck der "Historisierung". Urban bettet das Thema Vertreibungen in eine lange Geschichte ein. Offenbar kam ihm dabei zu Gute, dass der Versuch von ihm, einem Freund Polens kommt. Zugleich hängt der Erfolg aber auch damit zusammen, dass Urban keinen Zweifel an der Außergewöhnlichkeit der deutschen Verbrechen aufkommen lässt. Er vermeidet alle Gleichsetzungen. Er kann aber dann doch wieder an Einzelbeispielen belegen, dass Leid - aus welchen Gründen heraus es auch entstanden sein mag - erst einmal Leid für die Betroffenen bedeutet.

3. Außergewöhnlich sinnvoll erscheint mir der Ansatz Urbans zu sein, eine "Feingliederung" der Bevölkerungsverschiebungen in Polen zu erstellen. Dabei betont Urban, dass Polen der größte Schauplatz für Experimente von Bevölkerungsverschiebungen darstellte. Allein 22 verschiedene Aktionen kann er für die Zeit zwischen 1939 und 1956 auflisten, eine Anzahl, die den Umfang der Verschiebungen erst deutlich macht.

4. Der Ansatz, die kontroversen Positionen in der Beurteilung dieser Problematik immer wieder zu verdeutlichen, macht vor allem den Wert dieses Ansatzes der politischen Aufklärung aus. Es kommen beide Positionen zu Worte. Die ambivalente Haltung vieler Politiker in Gegenwart aber auch in der Vergangenheit auf beiden Seiten wird beleuchtet. Zudem werden auch die Werturteile der verschiedenen Seiten zur Diskussion gestellt. Das regt zum selbständigen Denken an.

Fazit:

Das Buch belegt, dass sich das Thema Vertreibung - jenseits der gegenwärtig zu hörenden schrillen Töne - mittlerweile in einem Stadium befindet, das eine gemeinsame Sprache zulässt. Dieses Stadium ermöglicht eine Diskussion und berücksichtigt dabei doch die vorhandenen Emotionen. Dieser Ansatz scheint mir für die Zukunft noch große Perspektiven zu besitzen. Und vielleicht stehen wir hier in Oppole ja schon für diese Zukunft.

Ich komme zum letzten Aspekt:

Wie sieht es mit einem neuen (deutschen) "Vertriebenen-Narrativ" aus?

Wird er sich in eine insgesamt eher revisionistische deutsche Geschichtsschreibung einbetten - oder gibt es Alternativen dazu?

Zu diesem Thema nur einige kurze Bemerkungen.

1. In den Mittelpunkt möchte ich hierbei das von den Vertriebenenverbänden geplante "Zentrum gegen Vertreibung" stellen, das in Berlin eröffnet werden soll. Es kann

paradigmatisch für die Positionen der deutschen Vertriebenen stehen. Gegen dieses Zentrum muss man - das sei vorweg gesagt - erhebliche Skepsis hegen: Aus wissenschaftlicher Sicht, aus politischer Perspektive und nicht zuletzt auch wegen der offensichtlich einseitigen Intentionen der Initiatoren.

Dazu nur einige Anmerkungen.

1. Da ist zum einen die nationale Fixierung des Zentrums: Ein Zentrum gegen Vertreibung sollte nicht national zentriert sein. In ganz besonderem Maße gilt das für Deutschland. Ein "Leidensweg der deutschen Stämme" in Berlin zu installieren kann eigentlich nur zu schweren Missverständnissen führen. Nicht zuletzt könnte es suggerieren, dass alle Menschen in Europa gleichermaßen irgendwie "Opfer" gewesen seien. Ein solcher Ansatz birgt eindeutig die Gefahr in sich, das Leid der einen solle gegen das der anderen aufgerechnet werden.

2. Ein solches Zentrum muss gesamteuropäisch gedacht werden. Und das von seiner grundsätzlichen Konzeption her - nicht nur später übergestülpt, gewissermaßen verschämt hinzugefügt, als "Feigenblatt". Vertreibungen sind nicht ein Schicksal, das die Deutschen allein erlitten, sondern sie sind im Kontext der Politik des 19. und 20. Jahrhunderts zu verstehen. Dann stellen sich diese Ereignisse ganz anders dar. Das Zentrum müsste also eine Erinnerungskultur vertreten und eine Geschichtspolitik betreiben, die sich - erstens - dezidiert in den Kontext des europäischen Geschehens einordnet und - zweitens - den Kontext von Ursache und Wirkung an zentraler Stelle problematisiert.

3. Das Zentrum müsste vorwärts gewandt konzipiert sein. Es geht nicht nur um eine Mahnung um der Erinnerung willen. Es geht vielmehr um einen in die Zukunft gerichteten Ansatz. Es geht auch um Prävention angesichts zukünftiger Versuchungen, politische Probleme durch ethnische Säuberungen und Massenumsiedlungen zu lösen. Die Gegenwart auf dem Balkan bietet dafür ein reiches Anschauungsmaterial.

4. Ein Zentrum gegen die Vertreibung sollte vielfältige Funktionen besitzen. Es sollte dokumentieren, forschen, Konferenzen veranstalten und beraten. Es sollte ein Ort des Dialogs zwischen Opfern und Tätern über unverarbeitete Probleme darstellen. Es muss diesen Dialog ermöglichen und darf niemand abschrecken. Es darf eines jedoch nicht: Ein geschlossenes Geschichtsbild vertreten. Genau das aber ist bei dem geplanten Zentrum zu befürchten.

5. Ob es einen geeigneten Ort für ein solches Zentrum geben mag, ist umstritten. Vielleicht wäre ein Ort ja auch gar nicht das Richtige. Es wäre vielleicht besser an ein Netzwerk von verschiedenen Orten zu denken. Ein Ort kann jedoch nicht infrage kommen. Das ist Berlin. In das Land und die Hauptstadt der Täter zugleich das zentrale Mahnmal für die deutschen Opfer zu stellen, ist nicht nur geschmacklos. Es müsste geradezu als eine Verhöhnung derjenigen verstanden werden, die den Deutschen zum Opfer fielen.

6. Nicht zuletzt ein Wort zu den Initiatoren: Viele Institutionen können im Prinzip solche Zentren betreiben. Eines aber ist klar: Unter diesen Vielen dürfte nicht gerade der Bund der Vertriebenen federführend stehen. Er steht bislang eher für eine sehr wenig offene Interpretation der Vertreibung der Deutschen. Zudem: Eine Trägergruppe, die sich nicht dezidiert von den Forderungen der "Preußischen Treuhand" distanziert, kann nicht geeignet sein. Diese Kritik lässt sich auch dadurch nicht korrigieren, dass eine Reihe namhafter Historiker dieses Projekt unterstützt.

Kurzum:

Aus wissenschaftlicher, politischer, historischer und auch psychologischer Sicht spricht fast alles gegen ein solches Zentrum.

Kann man aber dabei stehen bleiben? Ist das bereits ein Beweis dafür, dass der Kurs der deutschen Vertriebenen und ihrer Organisation nur revisionistisch ist, dass er nach "rechts" abzudriften droht? Gibt es nicht vielleicht auch positive Aspekte, die man dieser Initiative abgewinnen könnte?

Obwohl ein Gegner dieses Zentrums, glaube ich, dass das geplante Zentrum auch eine starke und positive Integrationswirkung ausüben könnte. Es könnte zeigen, dass die Vertriebenenverbände und ihr Führungspersonal sich einem Erinnerungsdiskurs annähern, der in die Mitte der Gesellschaft rücken will. Dabei wäre aber genau zu beobachten, ob die Vertriebenen nicht nur ihre alte, leicht modifizierte Geschichtsversion in der Mitte verankern wollen. Immerhin könnte dieser Diskurs die Vertriebenenverbände aus dem politischen Abseits herausbringen. Mehr noch: Die Diskussion um das Zentrum kann - das ist meine These - eine Fülle von Menschen an einen aufgeklärten Diskurs über das Thema "Flucht und Vertreibung" heranführen. Die positive Wirkung, die sich daraus ergibt, sollte nicht unterschätzt werden.

Dazu einige Belege.

Grundsätzlich dürften wir uns alle darin einig sein, dass wir die Gesellschaft über unser Thema aufklären wollen. Dies geht aber nicht nur im Diskurs mit Gleichgesinnten. Man muss vielmehr die breite Öffentlichkeit erreichen. Konsequenz: Wir alle müssen auch auf die Öffentlichkeit - und zwar vor allem auf die "unaufgeklärte" Öffentlichkeit - zugehen. Hier ist unser eigentliches Bewährungsfeld.

Legt man diese Maßstäbe der allgemeinen Aufklärung nun an das von den Vertriebenenverbänden geplante "Zentrum gegen Vertreibung" an, ergeben sich einige interessante neue Aspekte. Meine - sehr überspitzte und zur Diskussion reizende - These lautet: Das Zentrum besitzt gerade für die wenig aufgeklärte Gruppe der Bevölkerung eine höchst aufklärerische Funktion. Angesprochen werden dort nämlich diejenigen, die bisher ein sehr einseitiges Bild vom Geschehen hatten, nämlich das alte Bild des Bundes der Vertriebenen. Das neue Bild, das vom Zentrum verbreitet werden soll, mag nicht dem Bild entsprechen, das wir und ein Großteil der neueren Forschung vertreten. Es unterscheidet sich aber in einigen Punkten erheblich von den alten Vorstellungen des Bundes. Er rückt damit ein Stück in die Mitte. Wenn es ihm dabei gelänge, seine Mitglieder mitzunehmen, wäre das ein erheblicher Verdienst.

Indem ich im Folgenden die möglichen positiven Ansätze des Zentrums bewusst hervorhebe versuche ich einen Perspektivwechsel zu Gunsten der Vertriebenenverbände.

1. Eindeutig bekennt sich das Zentrum in seinen vier Aufgabenfeldern auch dazu, neben dem Schicksal der deutschen Vertriebenen, die Vertreibung und den Genozid in Europa und der Welt insgesamt zu berücksichtigen - auch wenn das nur sehr am Rande geschehen soll. Das Zentrum will also den internationalen Kontext berücksichtigen. Das ist in der Betrachtungsweise zweifellos ein großer Fortschritt. Allerdings: Der Verband hat das Thema zwar in einen größeren Kontext eingeordnet, er vermeidet aber nach wie vor einen erklärenden Kontext, der nach den unterschiedlichen Ursachen von Vertreibungen sucht. Ob hier ein wirkliches Entwicklungspotential hin zu mehr Aufklärung vorhanden ist, wird sich zeigen. Immerhin: Es ist nicht mehr völlig auszuschließen..

2. Das Zentrum will die Erkenntnisse der Vertreibungsforschung aufnehmen, vertiefen und befruchten. Es will sich und seine Arbeit der internationalen Diskussion stellen. Es will diese Diskussion sogar in den eigenen Räumen betreiben. Damit könnten sich die Vertriebenenverbände aus ihrer bisherigen Isolation lösen. Es könnte ein Ansatz sein, sich der öffentlichen Debatte zu stellen. Die Verbände würden damit Mitglied der wissenschaftlichen Gemeinschaft - und müssten auch ihren Regeln folgen. Das wäre - wenn es denn eintreten würde - ein eminenter Fortschritt.

3. Das Zentrum will mit seiner Arbeit den konstruktiven Dialog mit den Nachbarn fördern. Wie das geschehen soll, kann heute noch nicht gesagt werden. Immerhin wird hier die ausdrückliche Bereitschaft zur Kooperation signalisiert - und zwar völlig ohne Vorbedingungen. Darüber hinaus soll die Zielsetzung darin bestehen, die Vergangenheit aufzuarbeiten, um daraus Friedenspotential für die Zukunft zu schaffen. Wenn es den

Initiatoren gelingt, ihr Klientel auf diesem vorwärts gewandten Weg mitzunehmen, wäre das ein erheblicher Fortschritt.

4. Nicht zuletzt aber bringt das Zentrum - und das ist für die Mitglieder des Bundes der Vertriebenen geradezu eine provokante Zumutung - die Vertreibungen der Deutschen explizit in Verbindung mit der Politik des Nationalsozialismus - wenn auch an etwas abgelegener Stelle. Trotzdem: Sie lässt sie als eine Folge der deutschen Aggressionspolitik gegenüber der Sowjetunion und Polen erscheinen. Damit erfüllt das Zentrum - zumindest ansatzweise - die Forderung, die Vertreibung der Deutschen historisch zu kontextualisieren. Dass die Vertreibungen und der Völkermord an den Juden nach wie vor nebeneinander stehen, ja nahezu gleich gesetzt werden, obwohl es sich um sehr verschiedene Dinge handelt, darf bei dem Lob nicht unterschlagen werden. Das mindert den Wert der partiellen Kontextualisierung, hebt ihn aber nicht vollständig auf.

Fazit:

Betrachtet man das Zentrum und seine angekündigte Tätigkeit nicht nur aus der Sicht des Wissenschaftlers, sondern aus einer pragmatischen pädagogischen Sicht, handelt es sich bei dem Zentrum auch um einen Versuch, die Klientel des Vertriebenenverbandes langsam an neue Erkenntnisse heranzuführen. Der Verband will vergangene Geschichtsbilder modifizieren und die "Ecke der ewig Gestrigen" verlassen. Der Verband geht dabei von der zutreffenden pädagogischen Annahme aus, dass Aufklärung angesichts dieser Klientel nur in kleinen Dosen verabreicht werden könne. Es berücksichtigt die Tatsache, dass die Psyche, der Erfahrungshintergrund und die Standortgebundenheit der Empfänger zu berücksichtigen seien. Unter diesem Gesichtspunkt - dessen Wichtigkeit ich zum Schluss noch einmal betonen möchte -, kann man dem Zentrum nicht alle Verdienste von vornherein absprechen.

Abschließen möchte ich jedoch mit einem weiteren Perspektivwechsel:

Aus internationaler Sicht - und insbesondere dann, wenn man die polnische berücksichtigt - muss jedoch der Versuch, ein "Zentrum gegen die Vertreibung" in der geplanten Form zu installieren, als verfehlt angesehen werden. Das soll das letzte Wort - und zugleich eine persönliche Meinungsäußerung sein. Das Zentrum wird von den falschen Leuten, am falschen Ort und unter falschen Bedingungen errichtet. Auf diese Weise kann es die brisante Problematik nicht versachlichen - selbst wenn dies das Ziel wäre. Im Gegenteil, es wird die Kontroverse verschärfen. Aus diesem Grunde wäre seine Errichtung - trotz der genannten positiven Aspekte - gegenwärtig als schädlich zu bezeichnen.

Ganz so pessimistisch möchte ich jedoch nicht schließen, nicht zuletzt auch deswegen, weil man hier in Oppole sehen kann, dass es auch andere Wege gibt, in eine gemeinsame positive Zukunft zu gehen, trotz der furchtbaren Vergangenheit. Ich glaube, dass die Weiterentwicklung eines polnisch-deutschen sowie das allmähliche Wirken eines europäischen Narrativs die Verständigung beider Völker durch eine gemeinsame Aneignung ihrer Vergangenheiten fördern könnte. Das könnte ein bedeutender Schritt in eine friedliche Zukunft darstellen. Eine friedliche Zukunft, wie sie vor allem Polen endlich einmal verdient hätte. Vielleicht können wir ja in diesen Tagen gemeinsam einen ganz kleinen Schritt in diese Richtung machen.